Stadtrat wägte Stellungnahmen ab:

Weichenstellung für Krankenhausbau

Verkehrs- und Parkplatzfragen standen im Mittelpunkt bei Bebauungsplan-Debatte

Dillingen (vN). Auch wenn nur einer von fast einem Dutzend Tagesordnungspunkten, so war in der jüngsten Sitzung des Dillinger Stadtrates doch die Abwägung der öffentlichen und privaten Belange im Rahmen des Verfahrens für den Bebauungsplan „Krankenhaus St. Elisabeth an der Ziegelstraße" das wohl bedeutendste Thema für die weitere Struktur in der Großen Kreisstadt. Soll nämlich tatsächlich – wie derzeit angenommen – im September des kommenden Jahres 1984 mit dem Bau begonnen werden, ist eine baldige Planreife des Bebauungsplanes notwendig, um in das Einzel-Genehmigungsverfahren einsteigen zu können. Wie Oberbürgermeister Werner Hilger weiter sagte, könne davon ausgegangen werden, daß in der übernächsten Ministerratssitzung des bayerischen Kabinetts „grünes Licht" für den Neubau von St. Elisabeth Dillingen im bayerischen Förderungsprogramm gegeben werde, wie dies vom Krankenhaus-Planungsausschuß empfohlen worden sei. Demnach soll weiter für 1984 eine Anfinanzierung von sieben Millionen Mark gewährt werden. Im Frühjahr des nächsten Jahres soll – nach dem derzeitigen Planungsstand – mit dem Abbruch des Gutshofes begonnen werden, der jetzt noch auf dem künftigen Krankenhaus-Standort steht. Nach Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen bei der vorzeitigen Bürgerbeteiligung und der Anhörung von Trägern öffentlicher Belange beschloß der Rat den Bebauungsplan-Entwurf zur Auslegung zu billigen.

Wie Stadtoberhaupt Hilger dem Gremium am vergangenen Montagabend deutlich machte, soll damit in die eigentliche Bürgerbeteiligung eingestiegen werden, bevor nach nochmaliger Behandlung im Stadtrat, die Regierung eingeschaltet wird. Sachbearbeiter Schulz referierte über die wichtigsten Punkte der bislang eingegangenen Stellungnahmen, wobei er die Verkehrs- und Parkplatz-Fragen als Dreh- und Angelpunkt des bisherigen Verfahrens darstellte.

580 Fahrzeuge täglich mehr

Es wird angenommen, daß der Verkehr über die Ziegelstraße – über sie soll die Erschließung des Krankenhauses erfolgen – tagsüber um voraussichtlich rund 580 Fahrzeuge (rund 30 Prozent mehr als bisher) zunehmen wird. Diese Mehrbelastung kann nach Meinung der Straßenverkehrsbehörde der Stadtverwaltung und der Polizeidirektion Dillingen nicht ohne entsprechende bauliche Änderung des Einmündungsbereiches Schiller-/Mozart-/Ziegelstraße bewältigt werden. Zwar ist dieses Mündungsdreieck nicht in den Bebauungsplan einbezogen, doch beschloß der Stadtrat, durch Umgestaltung eine Verlangsamung des Verkehrs zu erreichen. Ein Planungsbüro wurde mit der baldigen Erarbeitung eines Konzeptes beauftragt.

Die zweite, immer wieder auftauchende Verkehrsfrage, die auch von den Mitgliedern des Rates näher diskutiert wurde, ist die Lösung des Parkplatzproblems für das neue 230-Betten-Haus mit seinen Personalwohnungen an den Achsen des Krankenhaus-Traktes, der maximal eine Höhe von Erdgeschoß plus zwei, also drei Geschossen vorsieht. 140 Parkstände sind vorgesehen, davon 70 für das Personal. Wie Stadtbaumeister Alfred Greck während der Sitzung erläuterte, seien damit 40 mehr als in der Stellplatzverordnung verlangt geplant.

Frage der Parkplätze

In der Debatte meinte Anton Stehle, daß für das nach wie vor geplante Kirchenzentrum im Nahbereich des Krankenhauses rund 50 Stellplätze für Pkw vorgesehen seien, die zum Teil ebenfalls genutzt werden könnten, bis zur Realisierung des Projektes möglicherweise auch als Provisorium. CSU-Fraktionschef Karl Christa wies auf die bereits vorhandenen Parkbuchten in der Schiller- und Bischof-Freundorfer-Straße hin, die an Wochenenden ebenfalls zur Verfügung stünden. Außerdem bedeuteten mehr Parkplätze auf dem Gelände des neuen Krankenhauses auch gleichzeitig eine höhere Belastung für die angrenzende Wohnbebauung. Karl Lämmer schließlich befürchtete, daß es womöglich zu Forderungen nach Parkverboten von Anliegern der umliegenden Wohnstraßen kommen könnte, sollten Krankenhausbesucher ihre Fahrzeuge in diesen Straßen abstellen.

Der Stadtrat beschloß dann: „Die zu schaffenden 140 Parkplätze für Besucher und Personal werden als ausreichend erachtet. Seitens der Krankenhausleitung soll geprüft werden, ob an Wochenenden und Feiertagen Personalparkplätze zusätzlich für Besucher zur Verfügung gestellt werden können."

Schallschutz-Maßnahmen

Die Schallschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Neubau wurden von den Mitgliedern des Stadtrates gutgeheißen. Danach sollen zu den Wohngebieten hin Wallschüttungen vorgenommen und die Parkplätze rund einen Meter eingetieft werden. Nach diversen redaktionellen Änderungen wurde der Entwurf des Bebauungsplanes zur Auslegung gebilligt.

Ohne Aussprache erklärte sich der Stadtrat mit dem Bebauungs- und Grünordnungsplan „Friedhof Herrgottsruh" der Stadt Lauingen einverstanden.

Nochmals „Wickenpoint"

Neu gefaßt wurde der Auslegungsbeschluß für den Bebauungsplan „Wickenpoint I" im Stadtteil Steinheim. Das südlich der Maschinenhalle gelegene Dorfgebiet, von seiner Ausprägung her zunächst dem angrenzenden allgemeinen Wohngebiet völlig gleichgesetzt, erhält nun eine hinreichende Berücksichtigung des Charakters dieser Nutzungsart, wie es Sachbearbeiter Schulz erläuterte. Das heißt, daß in diesem Gebiet weitere dorfspezifische Nutzungen zusätzlich zugelassen werden (Kleinsiedlungsstellen, Einzelhandelsbetriebe, Handwerksbetriebe u. a.). Außerdem wurden im Umgriff der Maschinenhalle durch Verlegung der Baugrenzen die zwischenliegenden Gartenflächen vergrößert, um einen gewissen Ausgleich zwischen dem Dorfgebiet nördlich der Straße Am Südend und dem Dorfgebiet in seiner eingeschränkten Form zu schaffen. Der Plan wird nun öffentlich ausgelegt.



DER GUTSHOF DES REGENS-WAGNER-INSTITUTS an der Dillinger Ziegelstraße soll im Frühjahr kommenden Jahres abgebrochen werden, um dem Neubau des Krankenhauses St. Elisabeth Platz zu machen. Wie Oberbürgermeister Werner Hilger in der Montagsitzung des Dillinger Stadtrates weiter mitteilte, sei bis zum September 1984 mit dem Baubeginn für das 230-Betten-Haus zu rechnen. Bild: von Neubeck

Einstimmig genehmigt:

Nachtragshaushalt steigert Etat um 1,14 Millionen Mark

Der Stadtrat Dillingen hob die Abwassergebühren an

Dillingen (vN). 1,14 Millionen Mark umfaßt der Nachtrags-Haushalt der Stadt Dillingen, den der Stadtrat am vergangenen Montag einstimmig genehmigte. Die Steigerung beträgt im Verwaltungs-Etat 69 900 Mark oder 0,3 Prozent und im Vermögens-Etat 945 000 Mark oder 8,7 Prozent. Die Sprecher von CSU- und SPD-Fraktion, Karl Christa und Hans-Jürgen Weigl dankten der Verwaltung dafür, daß gleichzeitig auch erstmals eine Bereinigung aller Haushaltsstellen durchgeführt wurde, bei denen bereits Änderungen gegenüber dem Haushaltsansatz erkennbar waren. Neue Maßnahmen im Nachtragshaushalt (Vermögensteil) schlagen mit rund 357 000 Mark zu Buche. Im Verwaltungs-Etat stehen Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer in Fristingen, Kicklingen und Schretzheim von 208 000 Mark, Gewerbesteuerminderungen in der Kernstadt und den Stadtteilen Donaualtheim und Steinheim von 308 000 Mark gegenüber. Mehreinnahmen gibt es auch beim Eichwaldbad (28 300 Mark), wohl nicht zuletzt auf den Supersommer 1983 zurückzuführen.

Um den kontinuierlichen Fortschritt laufender Baumaßnahmen sicherzustellen, wurden die Verpflichtungsermächtigungen um 120 600 Mark erhöht (Museum, Nebenspielfelder Stadion, Auffahrtsrampen zur Donaubrücke Steinheim).

Über die bisherige Abwicklung des Haushaltes 1983 referierte Kämmerer Rieder, der mitteilte, daß im Verwaltungshaushalt rund 61 Prozent der Einnahmen und rund 58 der Ausgaben getätigt worden seien, während es im Vermögens-Etat auf der Ausgabenseite rund 62 und der Einnahmenseite rund 64 Prozent seien. Er sprach außerdem die Erwartung aus, daß bis Ende des Jahres der Vermögenshaushalt kompletter abgewickelt werden könne als in den Jahren zuvor.

Von nicht erwünschten Wahlgeschenken (Josef Schuh) war die Rede und von eigentlich notwendig werdenden Erhöhungen, als die Mitglieder des Stadtrates die Beitrags- und Gebührensatzungen für die Entwässerung in Dillingen sowie in Kicklingen und Fristingen diskutierten. Der in der vergangenen Sitzung am meisten Zeit beanspruchende Punkt der Gebührenerhöhung wurde gegen eine Stimme (Winter) beschlossen. Demnach werden die Abwassergebühren jeweils nur um die von der Stadt abzuführende Abwasserabgabe erhöht.

Dieser Beschluß bedeutet in der Praxis, daß die Bürger im Einzugsbereich der Kläranlage Dillingen sowie in Steinheim 1,20 Mark pro Kubikmeter Abwasser bezahlt werden müssen. In Fristingen und Kicklingen, die durch eine eigene Anlage entsorgt werden, müssen neben der Grundgebühr von 130 Mark pro Anschluß 31 Mark pro Person und Jahr berappt werden.

Im kommenden Jahr sollen auch Fristingen und Kicklingen auf eine Abrechnung nach Frischwasserbezug umgestellt werden, worauf sich Fristingens Ortssprecher Binswanger schon jetzt freute, weil dann, so meinte er in der Sitzung, pro Person niedrigere Beiträge anfallen würden.

Ziel: Kostendeckung

Die vorgenommene Erhöhung wurde damit begründet, daß der Stadtrat sich selbst das Ziel gesetzt habe, Kostendeckung in den Gebühren zu erreichen. Zwar wird dies auch mit der nunmehrigen Erhöhung bei weitem nicht erreicht, doch sind laut OB Hilger kleine Schritte notwendig und auch dem Bürger nur dann vermittelbar, wenn sie im Zusammenhang mit Investitionen stehen (Schlammentwässerung, Anschluß Steinheims an Dillingen, mittelfristig absehbare Kläranlagenerweiterung in Dillingen).

In der Debatte kam immer wieder der Satz von der Gleichbehandlung der Bürger in der Kernstadt und den Stadtteilen zur Sprache, wobei allerdings auch betont wurde (Christa und Weigl), daß bei einer Umstellung der Abrechnung in Fristingen und Kicklingen, auch im Kernstadtbereich größere Teuerungen vorgenommen werden müßten. Keine Resonanz fand Josef Schuh, der keine „Wahlgeschenke" verteilt wissen wollte, sondern einen möglichst kostendeckenden Satz für die Kernstadt (etwa 1.30 Mark pro Kubikmeter) festgesetzt haben wollte. Er befürchtete, daß sonst in naher Zukunft größere Sprünge in der Gebührengestaltung unumgänglich würden. Am Ende stimmte dann aber nur Andreas Winter gegen die vorgeschlagene Erhöhung.

„In rücksichtloser Art und Weise vorgegangen" worden sei, so OB Hilger, vom Inhaber des neuen Schuhgeschäftes „ABC Schuhe", der gegen alle Absprachen und ohne Genehmigung vom Plan für seine Leuchtschrift abgewichen sei. Auf die entsprechende Frage von Josef Hirschbolz sagte Hilger, daß die Stadt derzeit eine Entfernung der nicht genehmigten Leuchtschrift betreibe.



IN ABSEHBARER ZEIT EINER NEUREGELUNG zugeführt werden soll nach dem Willen des Dillinger Stadtrates das Mündungsdreieck Schiller-/Mozart-/Ziegelstraße im Dillinger Westen. Der Grund liegt in dem zu erwartenden 30prozentigen Mehraufkommen des Verkehrs nach Inbetriebnahme des Krankenhaus-Neubaues St. Elisabeth, der in unmittelbarer Nähe zu dem Mündungsbereich entstehen wird. Bild: von Neubeck

Film im Rahmen der

Mit der Freisprechung ist die Ausbildung nicht beendet . . .

Bei Feier im Tanzhaus in Donauwörth 184 Facharbeiterbriefe überreicht

Donauwörth (khs). Bei der Freisprechungsfeier der Kreishandwerkerschaft im Donauwörther Tanzhaussaal betonte Kreishandwerksmeister Hermann Greck (Dillingen), daß die 184 Freizusprechenden sich mit der bestandenen Facharbeiterprüfung eine sichere Berufsgrundlage angeeignet hätten. Er forderte die jungen Handwerker auf, ihrem Berufsstand treu zu bleiben und sich stets auf den neuesten Stand der Technik einzustellen.

Nach einer festlichen musikalischen Eröffnung durch die Donauwörther Stadtkapelle konnte Kreishandwerksmeister Hermann Greck neben dem Vizepräsidenten der Handwerkskammer Augsburg-Schwaben, Donat Müller, auch die Studiendirektoren der Berufsschulen Donauwörth, Hans Neudert, Lauingen, Walter Steurer, und Nördlingen, Helmut Schenkert, sowie den Direktor des Donauwörther Arbeitsamtes Dr. Dietrich willkommen heißen.

Der Vizepräsident der Handwerkskammer für Schwaben Augsburg, Donat Müller, überbrachte die Grüße der gesamten Handwerkskammer und sprach den ehemaligen Auszubildenden die besten Glückwünsche zum Berufsabschluß aus. Müller sagte ferner, daß die würdigen Freisprechungsfeiern bereits vor 250 Jahren abgehalten worden seien. Danach sprach er die jungen Facharbeiter frei. Gleichzeitig betonte Müller, daß er sie aber nicht von der Verpflichtung der Weiterbildung freisprechen könne, denn wer raste der roste und der Tüchtige sei immer seines eigenen Glückes Schmied.

Im Auftrag der Kreishandwerkerschaft, zugleich im Namen der drei zugehörigen Berufsschulen, hielt der kommissarische Leiter der staatlichen Berufsschule Donauwörth, Studiendirektor Hans Neudert, die Festansprache. Neudert sagte, daß es die ehemaligen Auszubildenden geschafft hätten, die Doppel-Qualifikation erfolgreich abzulegen: erstens das Bildungsziel Berufsschulabschluß und zweitens den Nachweis der Ausbildung in einem Berufszweig. Neudert sagte ferner, daß auch in Zukunft die Berufsschulen die Aufgaben hätten, die Jugendlichen in beruflicher und menschlicher Hinsicht zu bilden.

Im Anschluß erfolgte die Übergabe der Facharbeiterbriefe durch die zuständigen Innungsmeister. Nach dem Schlußwort durch Kreishandwerksmeister Hermann Greck und einem Musikstück durch die Stadtkapelle Donauwörth wurde die Feier beendet.

CSU-Versammlungen in Lutzingen und Weisingen

Weisingen/Lutzingen (dz). Zu einer Versammlung sind die Mitglieder des CSU-Ortsverbandes Weisingen für heute, Mittwoch, 26. Oktober, 20 Uhr, in das Gasthaus „Krone“ in Weisingen eingeladen. Die Mitglieder des CSU-Ortsverbandes Lutzingen treffen sich am Donnerstag, 27. Oktober, 20 Uhr, im Gasthaus „Hirsch“ in Lutzingen.



EIN BUCHGESCHENK der Kreishandwerkerschaft überreichten Kreishandwerksmeister Hermann Greck und der Vizepräsident der Handwerkskammer für Schwaben-Augsburg, Donat Müller, an zahlreiche Junghandwerker. Unser Bild zeigt von rechts: Donat Müller, Hermann Greck, Agnes Krischan, Susanne Schabel, Elke Eisenbart, Friedrich Zimmerer, Egon Reiter, Meinrad Rupp und Gerold Richter. Bild: Schröter

Beisitzer für zwei Ausschüsse gewählt

Dillingen (khb). In der jüngsten Sitzung hatte der Kreisausschuß die ehrenamtlichen Beisitzer für den Musterungsausschuß und den Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer neu zu wählen. Die Amtszeit beginnt am 1. Januar 1984 und dauert vier Jahre.

Für den Musterungsausschuß wurden benannt: Josef Hirschbolz, Dillingen; Alois Baumhauer, Lauingen; Walter Hartshauser, Gundelfingen; Luitpold Lemmer, Wittislingen; Alfred Sigg, Wertingen. Für den Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer wurden benannt: Georg Barfuß, Lauingen; Stephan Boehm, Dillingen; Bruno Schenk, Lauingen; Hans Eppinger, Frauenstetten; Josef Straßer, Steinheim. Stellvertreter sind hier: Josef Bunk, Lauingen; Georg Klaiber, Thürheim; Alois Keis, Schretzheim.

Stadtpfarrer Höß über Bayerns Geschichte

Dillingen (dz). Monsignore Georg Höß, Dillingen, hält am Donnerstag, 27. Oktober, 20 Uhr, im Drittordenssaal neben der Kapuzinerkirche Dillingen einen Vortrag mit Lichtbildern über „Tausendjähriges Bayern“.

Mit dieser Veranstaltung der Volkshochschule und des Katholischen Bildungswerkes wird die bayerische Geschichte beleuchtet, die zugleich ein bedeutsames Kapitel europäischer Geschichte ist. Unter Einbeziehung der Gegenwart geht Monsignore Höß – anhand von ausgewählten Persönlichkeiten und Ereignissen – auf die wechselvolle tausendjährige Vergangenheit Bayerns ein. Nicht zuletzt möchte der Vortragende Anregungen bieten, sich mit Bayern und seiner reichen Geschichte sowie mit Heimatgeschichte schlechthin zu befassen.



SICHTLICH WOHL fühlten sich die Höchstädter Räte bei ihrer ersten Sitzung im neuen Rathaus. Denn ab jetzt gibt es keine Platzsorgen mehr. Auch zahlreiche Zuhörer waren zu der „Premiere“ erschienen und die Stühle im Saal reichten schon fast nicht mehr aus.

Höchstädter Räte lehnten Umbenennung ab

Bahnhofstraße behält den Namen

Herzog Philipp-Ludwig wird später berücksichtigt – Erste Sitzung im neuen Haus

Höchstädt (bst). Erst ihre Plätze suchen mußten sich die Höchstädter Räte bei der ersten Sitzung im neuen Rathaus am vergangenen Montagabend. Denn mit der Enge im Lehrerkonferenzzimmer der Volksschule, in dem zuvor getagt wurde, war der neue Sitzungssaal nicht zu vergleichen. Dort fanden am Montag auch zahlreiche Zuhörer Platz, die bisher immer ausblieben. Die Freude über den Neubau artete dann im Lau[f] in eine hitzige Diskussion aus, als Stadtrat J[...] Antrag stellte, bei der nächsten Bürgerversammlung sollten die Kosten des Bauwerks einmal richtig aufgeschlüsselt wiedergegeben werden. „Die Bürger werden von mir sowieso informiert“, meinte dazu Bürgermeister Gerhard Kornmann. Dazu brauche er keinen Antrag. Von allen Seiten mußte sich Grünbeck darüber hinaus Vorwürfe wegen einer Sendung im Bayerischen Fernse-[...]

„Wer hat die Zahl über die Kosten des Sitzungstisches genannt“, rief Stadtrat Alois Gumpp aufgebracht. Die 23 000 Mark seien völlig falsch; rund 15 000 Mark mit Mehrwertsteuer stimmen dagegen nach Aussage von Bürgermeister Kornmann. Auf die falsche Summe von fünf Millionen angesprochen, die er im Fernsehen genannt habe, entgegnete Grünbeck: „Das war mein Sprachfehler.“ Er sei ihm in der Aufregung und Hektik vor dem Bildschirm passiert. Auf die Grundtendenz der Sendung, was beispielsweise gekürzt worden sei, habe er keinen Einfluß, so Grünbeck. Dafür sei eine Beschwerde an das bayerische Fernsehen die richtige Adresse.

Antrag abgelehnt

Der Antrag von Grünbeck zur Bürgerversammlung, in dem dieser unter anderem eine detaillierte Aufstellung über die Bau-, Grundstücks- und sonstigen Nebenkosten, die Unterhaltskosten pro Monat und der vom Staat bezuschußten Fläche mit der darüber hinausgehenden bebauten Fläche einschließlich Begründung forderte, wurde mit fünf Stimmen abgelehnt.

Kein anderer Straßennamen

Abgelehnt haben die Räte auch die von einigen Bürgern beantragte Umbenennung der Bahnhofstraße in „Herzog-Philipp-Ludwig-Straße. Laut Antrag sollten Persönlichkeiten, die sich um die Stadt verdient gemacht haben, bei den Straßennamen wieder stärker berücksichtigt werden. Der Herzog habe um die Wende zum 17. Jahrhundert einen bisher nie dagewesenen Wohlstand begründet und sei der bisher größte Bauherr der Stadt gewesen, heißt es in dem Schreiben. Die Umbenennung sollte nach Meinung der Bürger bis zur Einmündung Lutzinger Straße gehen.

Unterschriften dagegen

„Vor der Sitzung habe ich aber auch noch 72 Unterschriften von Bürgern bekommen, die gegen eine Umbenennung sind“, betonte Bürgermeister Kornmann in der Diskussion. Darüber hinaus müßten die Folgekosten für Paßänderungen, neue Personalausweise, Telefonanschriften und Grundsteu-